

CANADA

ISSN 1182-3100

Newspaper serving the German Speaking Communities
Journal de la communauté germanophone

If undelivered, please return to:
Si non réclamé, prière de retourner à

Das Echo, PO Box 27
Pointe-Claire, QC, H9R 4N5
Newspaper is printed in Ontario



Die Zeitung für Deutschsprachige in Kanada und USA



Nummer 47/297/ 29. Jahrg.

THE LARGEST NATIONWIDE GERMAN LANGUAGE NEWSPAPER IN CANADA

März 2007 / \$3.50

Diesen Monat im Echo:

Die 16. und letzte Folge der deutschen Sprachschulen in Kanada erscheint, aus technischen Gründen, in der Aprilausgabe.

S. 3: Putin schreibt Geschichte und Steinmeier kritisiert USA

S. 4: Die Gemeinsame Außen- u. Sicherheitspolitik

S. 6: Höchststrafe für Zündel

S. 7: Bei VW geht alles um Porsche

S. 8: Robbenjagd beginnt in Kanada

S. 15 VDA feiert 125 Jahre Brücke zu den Deutschen in aller Welt.



Frühlüher: Wenn du da bist, ist uns alles voller Freuden.

Villepin: „Die USA sind in Irak gescheitert!“

Paris - (SDA). Der französische Premierminister Dominique de Villepin hat einen klaren Zeitplan für den baldigen Abzug der US-Truppen aus dem Irak als Voraussetzung für eine politische Lösung des Konfliktes gefordert.

«Wenn man nicht sagt, dass es in einem Jahr keine amerikanischen und britischen Soldaten auf irakischem Boden mehr gibt, wird es im Irak nichts anderes geben als mehr Tote und Krisen», sagte Villepin der «Financial Times» nach einem vorab in Paris verbreiteten Text.

«Ich sage nicht, dass die ausländischen Truppen morgen» abziehen müssten, sagte Villepin. Aber ohne klaren Zeitplan «mit den Etappen und dem Ziel eines völligen Rückzugs» werde es nicht besser.

«Es ist absurd zu sagen, dass die ausländischen Truppen das Land verlassen, wenn der Irak demokratisch und befriedet ist. Das wird niemals passieren.» Die Militärpräsenz werde von den Irakern als illegitim angesehen. «Die USA sind im Irak gescheitert.» Nötig sei eine nationale Aussöhnung.

Klima: Merkel nimmt USA und China in die Pflicht

(mk) - Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert von den USA, China und Indien mehr Engagement im Klimaschutz. Europa sei nur zu 15 Prozent am weltweiten Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid beteiligt, sagte die amtierende EU-Ratsvorsitzende. „Deshalb wird eine Bekämpfung des Klimawandels ohne die USA nicht möglich sein, aber auch nicht ohne die Einbeziehung von Ländern wie China und Indien.“

Die EU werde auf ihrem Gipfeltreffen am 8. und 9. März deutlich machen, dass sie „mit sehr konkreten Beschlüssen“ ihren Beitrag zur Bekämpfung des weltweiten Klimawandels leisten wolle, sagte Merkel.

Ein Sprecher des Bundesumweltministeriums sagte dem Abendblatt, das von Merkel angekündigte Klimaschutzprogramm werde sich aus der umweltpolitischen Schwerpunktsetzung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft herleiten, nämlich der Verbesserung des Klimaschutzes und der Steigerung

der Energieeffizienz. Der Sprecher betonte, beim dritten Teil des Uno-Klimaberichtes handele es sich lediglich um einen Entwurf. Man wäre klug beraten, trotz der dramatischen Situation den Klimaschutz sachlich anzugehen, sagte er.

Die 27 EU-Umweltminister hatten beschlossen, den CO₂-Ausstoß der EU bis 2020 um mindestens 20 Prozent unter das Niveau von 1990 zu drücken. Falls die übrigen Industriestaaten mitziehen, will die EU die Treibhausgas-Emissionen um 30 Prozent verringern.

In Deutschland ist ein Steuertausch für das Bundesfinanzministerium derzeit kein Thema. Die Länder wollen dem Bund die Kraftfahrzeugsteuer überlassen und einer klimafreundlichen Umgestaltung nicht im Wege stehen, wenn sie dafür die Einnahmen einer anderen Steuer bekommen. Steinbrücks Sprecher Torsten Albig sagte: „Aktuell ist das kein Thema für den Bundesfinanzminister.“

Die Grünen forderten ein

Werbeverbot für besonders umweltschädliche Autos. „Die Werbung für Spritfresser sollte in Deutschland verboten werden“, sagte der Fraktionsvorsitzende Fritz Kuhn der „Berliner Zeitung“. Das Verbot solle für alle Fahrzeuge gelten, die mehr als 210 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ausstoßen.

Umweltexperten der Union setzen beim Klimaschutz zum großen Sprung an. Bei den Beratungen über das neue CDU-Programm ernteten die Experten Applaus von den einflussreichsten Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Bis zum Jahr 2020 soll etwa der Anteil an erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch von derzeit knapp acht Prozent auf mindestens 25 Prozent anwachsen, wie es auch die Grünen fordern. Der Atomkraft wird im Experten-Papier nur noch eine „Brückenfunktion“ eingeräumt, bis klimafreundliche, wirtschaftliche Energieträger ausreichend verfügbar seien.

Streubomben-Verbot

In Oslo haben sich insgesamt 46 Staaten auf eine gemeinsame Initiative für ein weltweites Verbot besonders gefährlicher Streubomben bis Ende 2008 geeinigt. Wie zum Abschluss der zweitägigen Konferenz am 23. Februar mitgeteilt wurde, erhielt die deutsche Bundesregierung von den Unterzeichnerländern den Auftrag zur Ausarbeitung eines Verbotstextes. In der Schlusserklärung hieß es weiter, das Ziel des neu eingeleiteten «Oslo-Prozesses» sei ein Verbot von Streubomben, die besonders schädlich für die Zivilbevölkerung seien. Dies soll mit drei fest vereinbarten weiteren Konferenzen in der peruanischen Hauptstadt Lima (23. bis 25. Mai), in Wien (November) sowie 2008 in Dublin erreicht werden.



Erlebnisbericht von Peter und Gerdi Kupsch aus Smithers, BC, auf Seite 12.

INHALT

Impressum	02
Politik	03-06
Wirtschaft	07-09
Lokales	10-17
Panorama	19-26
Bücherecke/Lieder	27
Küche/Rätsel	28
Heiteres/Bestellschein	29
Horoskop / Forum	30
Gesundheit	32
Echo der Frau	33
Leichte Unterhaltung	34-35
Junges Echo	36-37
Sport	38
Verschiedenes	39

